

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P XXV/35

Bonn, den 23. Februar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Informative Zwischenbilanz</u> Zwischen der ersten und zweiten Gesprächsrunde in Moskau	50
2	<u>Ein willkommener Gast</u> Zum Besuch des israelischen Außenministers	24
3 - 4	<u>Unnötige Mißverständnisse</u> Zur Situation der Studentenschaft nach der ersten Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften Von Dr. Josef Benzinger	102
5 - 6	<u>Unruhe in Jugoslawiens Armee</u> In Belgrad werden Weichen gestellt Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	90

Informative Zwischenbilanz

Zwischen der ersten und zweiten Gesprächsrunde in Moskau

sp - Die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien und der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für auswärtige Fragen werden am Dienstag einen ersten Informationsbericht des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt, Egon B a h r , über den bisherigen Verlauf seiner Gespräche in Moskau erhalten. Hier und dort ist Kritik laut geworden, daß dieses Informationsgespräch nicht schon früher stattgefunden hat. Der Wunsch, schnell und gut informiert zu werden, ist legitim. Berücksichtigt man jedoch, daß die Gespräche in Moskau im allseitigen Interesse mit größter Diskretion geführt werden und daß zurzeit noch keine konkreten Ergebnisse vorliegen, die eine endgültige politische Entscheidung ermöglichen, muß das Verhalten der Bundesregierung respektiert werden.

Vergessen wir nicht: Gespräche dieser Art werden seit 15 Jahren zum erstenmal geführt. Ganz abgesehen davon, daß auch vor 15 Jahren, anlässlich des Besuchs des damaligen Bundeskanzlers Adenauer in Moskau, längst nicht alle Schwierigkeiten, die schon seinerzeit zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion lagen, beseitigt werden konnten, haben sich seither auch noch weitere Probleme ergeben, deren Lösung sehr kompliziert ist. Die Bundesrepublik Deutschland ist heute - stärker noch als 1955 - in das ökonomische und militärische Bündnissystem EWG und NATO eingebettet. Auf der anderen Seite haben sich der Warschauer Pakt und COMECON gefestigt. Daraus ergibt sich, daß auch Verhandlungen zwischen Moskau und Bonn hüben und drüben gleichzeitig a l l e Bündnispartner angehen und daß jedwede Entscheidung selbstverständlich die Zustimmung der Bündnispartner auf b e i d e n Seiten finden muß.

Darüber hinaus hat sich in den vergangenen 15 Jahren gezeigt, daß die beiden Weltmächte Sowjetunion und USA heute ihre Rolle als Wächter des Gleichgewichts in der Welt anders sehen können, als dies noch auf den Höhepunkten des Kalten Krieges der Fall war. B e i d e Seiten wissen heute, daß sie der anderen nichts mit Gewalt aufzwingen können; es sei denn, sie wollten einen dritten Weltkrieg riskieren. Da dies ausgeschlossen erscheint, suchen sie selbst Möglichkeiten zum Abbau

der latenten Spannungen zwischen Ost und West und suchen nach einer Politik, die - bei Aufrechterhaltung ihres Besitzstandes - den Frieden in der Welt sicherer machen kann.

Deshalb verzahnen sich gewissermaßen auch die zwischen Bonn und Moskau zu besprechenden Fragen im großen Getriebe der Weltpolitik. Man kann sie nicht isoliert betrachten und sicher auch nicht isoliert beantworten.

Aus diesen Tatbeständen ergibt sich, daß die Information über die bisher von Staatssekretär Egon Bahr in Moskau geführten Gespräche der Gesamtkomplex des Ost-West-Verhältnisses in Europa beinhalten muß, was selbstverständlich nicht bedeutet, daß hierbei die uns bedrängenden nationalen Probleme keine besondere Rolle spielen können oder dürfen.

Ohne Illusionen ist die Regierung Brandt/Scheel an die Gespräche mit Moskau und mit anderen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes herangegangen. Und ohne Illusionen zieht sie jetzt eine informative Zwischenbilanz, deren Bedeutung dadurch nicht geringer wird, daß jetzt noch niemand zu Entscheidungen aufgerufen ist.

+ + +

Ein willkommener Gast

Zum Besuch des israelischen Außenministers

sp - Zum erstenmal hat ein israelischer Außenminister bundesrepublikanischen Boden betreten. Wir Deutschen, in deren geschändeten Namen dem Volk der Juden unsägliches Leid zugefügt wurde, wissen den Besuch von Abba Eban besonders zu würdigen. Für die Bundesrepublik und für die Bundesregierung ist der Außenminister des hart bedrängten Israel ein willkommener Gast. Gewiß werden seine Gespräche mit deutschen Politikern dazu beitragen, das Gewebe deutsch-israelischer Beziehungen noch stärker zu verdichten. Diese Beziehungen richten sich gegen niemanden. Abba Eban wird sich von der Aufrichtigkeit und Redlichkeit der neuen deutschen Demokratie überzeugen können, die Schatten der Vergangenheit zu bannen. Die Bundesrepublik wünscht den Israelis eine gesicherte staatliche Existenz; was in ihren schwachen Möglichkeiten liegt, dürfte ausgenutzt werden, um die friedensfördernden Kräfte in diesem Teil der Erde zu ermutigen.

Was sich in den letzten Tagen in München und bei Zürich ereignete erfüllt alle Deutschen mit Abscheu und Entsetzen. Die Urheber dieser schrecklichen Verbrechen, wer immer sie auch sein mögen, müssen die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen. Hier kann und darf es keine Nachsicht geben. Der israelische Außenminister kann versichert sein, daß die staatlichen Organe alles tun werden, um eine Wiederholung solcher Schandtaten zu verhindern. Für den Terror, der im Nahen Osten schauerliche Triumphe feiert, darf es auf bundesrepublikanischem Boden keinen Platz geben.

+ + +

Unnötige Mißverständnisse

Zur Situation der Studentenschaft nach der ersten Mitglieder-
versammlung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften

Von Dr. Josef Benzinger

Der neutrale Beobachter steht dem, was sich seit einiger Zeit in der organisierten Studentenschaft abspielt, schon lange verständnislos gegenüber. Die erste Mitgliederversammlung des ADS hat die bestehende Verwirrung nicht beseitigt. Sie hat jedoch wieder einmal deutlich gemacht, daß weder VDS noch ADS den Anspruch erheben können, für die Studentenschaft der deutschen Hochschulen repräsentativ zu sein. Offenbar gibt es derzeit nur zwei Formen studentenschaftlicher Organisation: Die Nichtmitgliedschaft und die fluktuierende bzw. schwebende Mitgliedschaft. Die Anfechtungen von Wahlen zum Studentenparlament häufen sich, durch das Gestrüpp von Erklärungen und Gegenerklärungen finden nur noch Experten in studentenschaftlichen Satzungen hindurch. In aller Regel sprechen Studentenfunktionäre nur noch für sich selbst, in vielen Fällen unter Beschwörung einer rein fiktiven Basis. Erlangte Positionen werden dazu benützt, möglichst spektakuläre Erfolge zu erringen und durch finanzielle Transaktionen die Bewegungsfreiheit der Nachfolger einzuengen.

Diese wenig erfreuliche Beschreibung studentischer Politik kennzeichnet die Situation freilich nicht erschöpfend: ADS und VDS haben Stellungnahmen veröffentlicht, welche beweisen, daß (wieder) sachlich gearbeitet wird. Der Phase des Aktionismus scheint eine Periode sachbezogener Diskussionen zu folgen. So erfreulich die Abkehr vom reinen Reformpalaver ist, so bedauerlich erscheint die Tatsache, daß man vielfach in ein und derselben Sache aneinander vorbeiredet. Allen Anschein nach ist immer noch die Überzeugung wirksam, man müsse zuerst das bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ändern, um eine demokratische Hochschule zu erreichen. Diese Hoffnung kann sich nicht erfüllen. Langfristige gesellschaftliche Reformen sind erst das Ergebnis eines demokratischen und leistungsfähigen Bildungssystems. Die neue Bundesregierung hat den Bereich von Bildung und Wissenschaft nicht nur von Anfang an mit an die Spitze des Prioritätenkatalogs gestellt, sondern auch Maßnahmen in die Wege geleitet, welche kurzfristig spürbare Erleichterungen bringen werden. Sie hat alle gesellschaftlichen Kräfte zur Mitwirkung an diesem Programm aufgerufen. Wenn deshalb die Studentenschaft - mit Recht - eine zur Gesellschaft hin offene Hochschule forderte und fordert, so kann sie nicht auf der Behauptung bestehen, allein im Besitz des Steines der Weisen zu sein. Letzteres trifft nicht einmal für den gesamten Problemkomplex Studienreform zu, bei welchem die Hochschulen selbst - und damit die Studenten - in erster Linie kompetent sind.

Der VDS ist kein "sozialistischer Kampfverband", die ADS kein "Anhängsel der CDU" oder "Büttel der Herrschenden". Die Unterschiede sind mehr im Temperament und in den sachlichen Schwerpunkten begründet, kaum in ideologischen Differenzen. Beim VDS scheint man den deutschen Normalstudenten - falls es ihn überhaupt gibt - teils zu überschätzen, teils zu unterschätzen. Die Basisarbeit, mit welcher nun forciert ernst gemacht wird, geht von der Überzeugung aus, daß man politisches Engagement durch Aufklärung erzeugen kann. Hier muß der viel zitierte maus-

graue Student in Schutz genommen werden: er weiß wahrscheinlich besser über die Problematik der Hochschulreform Bescheid, als manche annehmen. Seine mangelnde Einsatzbereitschaft freilich ist nicht Ausdruck seines Desinteresses, sondern beweist nur, daß die Übung des politischen Artikulationsvermögens in unserem Schulsystem nicht stattfindet. Da dies bekannt ist, dürfte die Meinung eines studentischen Dachverbandes heutzutage weit mehr Gehör finden als früher, ohne daß dazu die Mobilisierbarkeit studentischer Massen unbedingt erforderlich wäre. Wer die Entfremdung zwischen Basis und Funktionären in der Studentenschaft beseitigt, der leistet zwar nützliche und notwendige Aufklärungsarbeit, deren Ergebnis jedoch nicht unbedingt in gesteigerter politischer Durchsetzungskraft besteht. Richtig ist andererseits, daß die trotz organisatorischer Zersplitterung bestehende beträchtliche Solidarität innerhalb der Studentenschaft nicht wenig zur Erfüllung einiger studentischer Forderungen beigetragen hat.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften wurde bereits vor ihrer ersten Mitgliederversammlung Mitte Februar in Karlsruhe totgesagt. In der Studentenschaft genoß sie nie besondere Beliebtheit, weil ihr das Odium des Spalters anhaftet. Dem gelungenen Spaltungsversuch (in Form der ADS) steht allerdings ein mißglückter Spaltungsversuch gegenüber, dessen Folgen für die organisierte Studentenschaft nicht wenig betrüblich waren. Daß es nicht zur Gründung eines "linken" Gegenverbandes gekommen ist, liegt lediglich an der Organisationsunfähigkeit bzw. am fehlenden Willen hierzu den studentischen Radikalen. Die von der ADS gestellten Bedingungen für eine "Wiedervereinigung" scheinen begründet. Man fordert eine formal gültige Legitimation der Delegierten und Funktionäre, einen sogenannten "politischen Minderheitenschutz", durch den verhindert werden soll, daß die derzeitige Mehrheit sich dauernd etabliert, sowie die Entpolitisierung, Entdogmatisierung von Satzung, Statut oder Struktur. Die Erfüllung dieser Forderungen würde die Annullierung der Kölner, Göttinger und Hamburger VDS-Beschlüsse bedeuten. Diese Möglichkeit besteht im Augenblick zumindest nicht. Ohne Zweifel nämlich hat die Strukturveränderung die Intensität der innerverbandlichen Arbeit erhöht, womit zwangsläufig eine Schwächung der politischen Effizienz verbunden war. Das muß nicht so sein. Der in Hamburg bestellte Revorstand des VDS ist auf dem Wege, aus dieser Zwickmühle herauszufinden. Die begonnene Konsolidierung kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn es dem Verband gelingt, sein Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Kräften zu normalisieren. Für die ADS war dies von Anfang an kein Problem. Sie hat es verstanden, alte studentische Forderungen wiederaufzugreifen, zu erweitern und bei den entsprechenden Stellen in Erinnerung zu bringen. Das war notwendig in einer Zeit, da der VDS, vom Sozialistischen Deutschen Studentenband usurpiert, diese gewiß berechtigste Funktion nicht erfüllte.

In der jetzigen Situation stellt sich die Frage, ob ein Weiterbestehen des ADS noch sinnvoll ist. Beim VDS hat man aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Was sich beide Seiten vorwerfen, ist beinahe zu vage, um als Argument gelten zu können: Der VDS ist weder von seiner Satzung her noch hinsichtlich seiner Mitglieder ein sozialistischer Kampfverband; wenn man der ADS vorwirft, sie pflege einen gesellschaftspolitisch irrelevanten und unkritischen Wissenschaftsbegriff, so bezieht sich das wohl kaum auf die Aussagen, vielmehr auf die Existenz dieser Gruppe. Übrig bleiben dann nur noch die Animositäten von Altfunktionären, die es in beiden Lagern gibt. Mit Animositäten kann man aber auch im studentischen Bereich keine Politik machen.

Unruhe in Jugoslawiens Armee

In Belgrad werden Weichen gestellt

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

In den Reihen des jugoslawischen Generalstabes ist es zu einem Aufstand der Offiziere gekommen. Die Generale wenden sich gegen alle Tendenzen, die nach ihrer Meinung zu einer Auflösung Jugoslawiens in seine einzelnen nationalen Bestandteile führen müssen. Das heißt: Die Stoßrichtung ihres Angriffes richtet sich vor allem gegen die kroatische Partei, die auf ihrem letzten Plenum beschlossen hatte, daß die größtmögliche Unabhängigkeit Kroatiens von der Belgrader Bundeszentrale das Ziel aller kroatischen Kommunisten sein müsse.

Statt den Kroaten, wie diese es verlangen, mehr Rechte zuzugestehen, verlangt der jugoslawische Generalstab nun, daß auch die Einheiten der Territorialen Verteidigung dem Kommando des Generalstabes unterstellt werden, also dem Kommando der einzelnen jugoslawischen Republiken entzogen werden. Gelingt es dem Generalstab, diese Forderung durchzusetzen, so hätte das zweifellos einschneidende Veränderungen für die innenpolitischen Verhältnisse in Jugoslawien zur Folge. Die Jugoslawische Volksarmee (JNA) würde in einem solchen Falle nicht nur 1,2 Millionen jugoslawische Bürger gehorsampflichtig machen, sondern sie verfügte dann über Kontrollposten selbst auf der aller-niedrigsten Ebene, also in den Gemeinden und Betrieben.

Versuche der JNA, sich in das bunte politische Kräftespiel mit einzuschalten, sind nicht ganz neu: 1949 mußte Tito aus Furcht vor einem Sturz seiner Regierung rund 3.000 führende Offiziere, an der Spitze den Generalstabschef Arsen Jovanović, entlassen, weil sie im Verdacht standen, mit Moskau zu konspirieren.

Zu neuen Unruhen in der jugoslawischen Armeeführung kam es dann im Jahre 1965, als serbische Generale in Briefen an Tito dagegen protestierten, daß sich die Generalität der jugoslawischen Volksarmee aus allzuvielen Kroaten zusammensetze. Auch diesmal hatte offenbar Moskau seine Hand im Spiel, denn als 1966 mit Hilfe des Abwehrapparates der JNA der Stellvertreter Titos, Aleksander Randović, gestürzt wurde, der nicht nur die Partei und Tito, sondern auch die Armee und die nichtserbischen Völker Jugoslawiens mit Hilfe seines Staatssicherheitsapparates unter Kontrolle bringen wollte, gab es zahlreiche Indizien für eine geheime Kollaboration zwischen den serbischen Nationalisten, seinen Freunden und der Moskauer Führung.

Den Preis für die Hilfe, die die Armee bei der Aufdeckung des Komplotts geleistet hatte, präsentierte der Generalstab schon ein Jahr später, indem er unter anderem die Forderung nach einer Erhöhung der Offiziersgehälter um 10 Prozent und überhaupt des ganzen Militär-

Budgets erhob, doch unerwartet stieß er auf den Widerstand des Belgrader Parlaments, das nicht nur auf die schwierige Finanzsituation Jugoslawiens hinwies, sondern sich bereits mit dem Plan einer gründlichen Reorganisation der nunmehr übermächtig gewordenen Armee auseinandersetzte.

Die Forderung nach einer Reform der jugoslawischen Armee wurde bezeichnenderweise zuerst in Kroatien erhoben und gipfelte in dem Vorschlag, daß eine möglichst große Anzahl Soldaten künftighin in ihrer eigenen, engeren Heimat stationiert werden sollte. Den Befehl über diese Truppen sollten die einzelnen jugoslawischen Republiken übernehmen, während der Belgrader Generalstab nur noch über eine "Force de frappe" verfügen und im übrigen nur mehr als Koordinierungsorgan funktionieren sollte. Außerdem hieß es in der Diskussion, daß diese Soldaten auch nicht mehr auf serbische Befehle gehorchen, sondern in ihren eigenen Sprachen kommandiert werden sollten, also auf Mazedonisch, Slowenisch und Kroatisch.

Der Rücken der Armereformer wurde noch gestärkt, als sich herausstellte, daß die überwiegend in der Sowjetunion geschulte bisherige zentrale Armeeführung die äußeren Gefahren vollkommen falsch eingeschätzt hatte. Indem diese Armeeführung künstlich eine Hysterie entfesselt hatte, deren Opfer unter dem Alpdruck einer Bedrohung von Seiten Italiens oder Griechenlands litten, waren die Fronten vollkommen falsch aufgebaut worden, wie sich erschreckend dann anläßlich der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei herausstellte.

1967 verfügte daher Tito die Zerschlagung der bisherigen Armeeführung, indem er eine Reihe von Generalen amtsentsetzte, an der Spitze den Armeegeneral Ivan Gošmjak, der zu diesem Zeitpunkt neben Tito die größte Macht im Staate besaß. Doch 1969 machte die JNA einen weiteren Versuch, doch noch ihren Stiefel auf die politische Landschaft zu setzen. Sie forderte, gleichberechtigt mit den sechs Landesverbänden der jugoslawischen Partei gleich mehrere Sitze im neu zu gründenden Parteipräsidium zugeteilt zu bekommen. Zwar wurde ihr dieser Wunsch erfüllt, so daß es seitdem in der jugoslawischen Parteiführung gleich drei Generalitäten gibt, aber Tito machte wiederum einen Strich durch die Rechnung, indem er dem Parteipräsidium ein Exekutivbüro vorschaltete, in dem die Armee abermals nichts zu sagen hat.

Nun jedoch hat die Armee die nationale Unruhe und die Abwesenheit Titos ausgenutzt, um sich erneut ins Gerede zu bringen. Sie fordert die Unterstellung der 1,2 Millionen Menschen zählenden territorialen Verteidigungskräfte unter ihr Kommando, die Rehabilitierung jener Generale, die 1967 entlassen worden waren und die Fortsetzung der Waffenbezüge aus der Sowjetunion, die ansonsten im Sommer dieses Jahres bei Auslaufen des Vertrages in Frage gestellt worden wäre.

Kurz gesagt: Erneut versucht die Armee, sich als einzig fähiger Führer Jugoslawiens zu zeigen, wobei es ihr offenbar nicht einmal mehr darauf ankommt, ob sie nun mit der Partei einer Meinung ist oder nicht. Auch Tito verspürt die Unruhe, die sein Land ergriffen hat. Noch bevor er auf seinen langen Afrikatripp ging, tat er etwas, was sonst nicht üblich ist: Er stellte seinem ganzen Volk seinen alten Kampfgenossen Edward Kardelj, einen Zivilisten, als den Mann vor, in den er sein Vertrauen setzt.